Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 912

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
11 — 65100 — 2146/59

Bonn, den 4. März 1959

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 23. Dezember 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und spanischer Sprache sowie das zugehörige Protokoll und der Notenwechsel sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 202. Sitzung am 27. Februar 1959 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 23. Dezember 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 23. Dezember 1957 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik nebst Protokoll und Notenwechsel vom gleichen Tage über den Anwendungsbereich der Artikel 5 und 6 des Vertrages wird zugestimmt. Der Vertrag sowie das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 25 sowie das Protokoll und der Notenwechsel über den Anwendungsbereich der Artikel 5 und 6 des Vertrages in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik

Tratado entre la República Federal de Alemania y la República Dominicana

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK,

VON DEM WUNSCHE GELEITET, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Staaten zu festigen und den Wirtschaftsverkehr zu fördern und weiter zu entwickeln, haben beschlossen, einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen, und haben zu diesem Zweck bevollmächtigt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

den Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder,

Herrn Dr. Hans-Joachim von Merkatz,
in Vertretung des Bundesministers des Auswärtigen,

Der Präsident der Dominikanischen Republik

den Botschafter der Dominikanischen Republik,

Herrn S. Salvador Ortiz,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Jeder Vertragsstaat gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates, ihrem Vermögen, ihren Unternehmen und ihren übrigen Belangen jederzeit gerechte und billige Behandlung.

(2) Zwischen den Gebieten der beiden Vertragsstaaten besteht im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages Freiheit des Handels und der Schiffahrt.

Artikel 2

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates werden im Gebiet des anderen Vertragsstaates hinsichtlich Einreise, Aufenthalt, Niederlassung, Ausreise und Ausweisung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften behandelt. Die Vertragsstaaten werden es sich angelegen sein lassen, alle Entscheidungen auf diesen Gebieten so wohlwollend wie möglich zu treffen.

(2) Im Falle der Einleitung eines Ausweisungsverfahrens gegen einen Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates ist auf dessen Verlangen sofort der nächste konsularische Vertreter seines Landes zu verständigen. Dieser ist berechtigt, ihn zu besuchen und mit ihm Verbindung zu halten.

Artikel 3

(1) Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsausübung. Sie dürfen sich entsprechend den verfassungsrechtlichen Bestimmungen dieses anderen Vertragsstaates auf religiösem, kulturellem und sozialem Gebiet in jeder Beziehung be-

EL PRESIDENTE
DE LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

y

EL PRESIDENTE DE LA REPÚBLICA DOMINICANA,

INSPIRADOS EN EL DESEO de estrechar los tradicionales lazos de amistad existentes entre ambos países, y con el propósito de fomentar y desarrollar aún más el intercambio económico, han decidido concertar un Tratado de Amistad, Comercio y Navegación y han designado como sus respectivos plenipotenciarios:

El Presidente de la República Federal de Alemania al

Ministro Federal para Asuntos del Consejo Federal y de los Estados,

Señor Dr. Hans-Joachim von Merkatz,
en representación del Ministro Federal de Relaciones Exteriores

El Presidente de la República Dominicana al

Embajador de la República Dominicana,

Señor S. Salvador Ortiz

quienes, después de examinar sus poderes y hallarlos en buena y debida forma, han acordado los siguientes artículos:

Artículo 1

(1) Cada una de las Partes Contratantes otorga en todo momento a los nacionales y a las sociedades de la otra Parte Contratante, a sus bienes, a sus empresas y a sus demás intereses un trato justo y equitativo.

(2) Entre los territorios de las dos Partes Contratantes existe libertad de comercio y de navegación, de acuerdo con las disposiciones del presente Tratado.

Artículo 2

(1) Los nacionales de cada una de las Partes Contratantes serán tratados en el territorio de la otra Parte Contratante respecto de la entrada, permanencia, establecimiento, salida y expulsión de su territorio, de acuerdo con las disposiciones legales. Las Partes Contratantes procurarán adoptar todas las resoluciones en esta materia con la mayor buena voluntad.

(2) En caso de iniciarse un procedimiento de expulsión de un nacional de la otra Parte Contratante se informará, a petición suya, inmediatamente, a su representante consular más próximo. Dicho representante está facultado para visitarle y estar en comunicación con él.

Artículo 3

(1) Los nacionales de cualquiera de las Partes Contratantes gozan en el territorio de la otra Parte Contratante de libertad de conciencia y de cultos. De conformidad con las disposiciones constitucionales de esta otra Parte Contratante, pueden consagrarse a todo género de actividad religiosa, cultural y social. Esta dis-

tätigen. Diese Bestimmung darf jedoch nicht dahin ausgelegt werden, daß sie ein Recht zu politischer Betätigung gewährt oder stillschweigend zugesteht.

(2) Beide Vertragsstaaten werden sich zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen bemühen, wechselseitige Informationsmöglichkeiten nach besten Kräften zu entwickeln, um zu einer besseren Kenntnis des anderen Vertragsstaates und zu einer Vertiefung ihrer Beziehungen im allgemeinen zu gelangen.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht das Recht beider Vertragsstaaten, Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz der guten Sitten und der Volksgesundheit notwendig sind.

Artikel 4

(1) Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates für ihre Person Schutz und Sicherheit wie die Staatsangehörigen dieses anderen Vertragsstaates. Keinesfalls darf ihre Behandlung weniger günstig sein, als sie Staatsangehörigen irgendeines dritten Landes gewährt wird oder dem Völkerrecht entspricht.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgenommen, so ist auf sein Verlangen der nächste konsularische Vertreter seines Landes so bald wie möglich zu benachrichtigen. Dieser ist berechtigt, ihn zu besuchen und mit ihm Verbindung zu halten. Der festgenommene Staatsangehörige ist menschlich zu behandeln, unverzüglich nach Maßgabe der geltenden Gesetze von den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in Kenntnis zu setzen und so bald wie möglich vor ein Gericht zu stellen. Er kann alle für seine Verteidigung notwendigen und angemessenen Hilfsmittel, insbesondere die Dienste eines Anwalts seiner Wahl, in Anspruch nehmen.

Artikel 5

(1) Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates dürfen von dem anderen Vertragsstaat nicht zur Erfüllung einer gesetzlichen Wehrdienstpflicht herangezogen werden.

(2) Bei Sach- und Dienstleistungen und allgemeinen militärischen Lasten sowie anderen ähnlichen Lasten gilt für die Angehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates Meistbegünstigung.

Artikel 6

(1) Das Eigentum der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates genießt im Gebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Sicherheit.

(2) Grundstücke, die Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Vertragsstaates gehören und im Gebiet des anderen Vertragsstaates belegen sind, dürfen nur im Rahmen der geltenden Gesetze betreten, Eingriffen unterworfen, durchsucht oder überprüft werden. Bei derartigen Maßnahmen werden die Vertragsstaaten auf die auf den Grundstücken wohnenden oder beschäftigten Personen und den Geschäftsbetrieb jede mögliche Rücksicht nehmen.

(3) Keiner der beiden Vertragsstaaten darf unbillige oder diskriminierende Maßnahmen ergreifen, durch welche die in seinem Gebiet von den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates rechtmäßig erworbenen Ansprüche oder Interessen an den von ihnen errichteten Unternehmen oder an dem von ihnen durch Kapital oder durch ihr technisches Können, Wissen oder Geschick hierzu geleisteten Beitrag beeinträchtigt würden.

posición no deberá interpretarse en el sentido de que conceda o reconozca tácitamente un derecho para la actividad política.

(2) Para el fomento de las relaciones culturales y económicas ambas Partes Contratantes procurarán desarrollar en todo lo posible las mutuas posibilidades de información para llegar a un mejor conocimiento de la otra Parte Contratante y a una intensificación de sus relaciones en general.

(3) Las disposiciones de este artículo no afectan al derecho de las dos Partes Contratantes para adoptar las medidas necesarias para el mantenimiento de la seguridad y del orden público, así como para la protección de las buenas costumbres y de la salud pública.

Artículo 4

(1) Los nacionales de una de las Partes Contratantes gozan en el territorio de la otra Parte Contratante de la protección y seguridad personal de que gozan los nacionales de la otra Parte Contratante. En ningún caso debe sometérseles a un tratamiento menos favorable que el que se concede a nacionales de un tercer país o el que reconoce el Derecho Internacional.

(2) Si un nacional de una de las Partes Contratantes es detenido en el territorio de la otra Parte Contratante, se informará tan pronto como sea posible, a requerimiento suyo, a su representante consular más próximo. Este tiene el derecho de visitarle y estar en comunicación con él. El nacional detenido será tratado humanamente, puesto sin demora en conocimiento de las imputaciones que se le hagan, de acuerdo con las disposiciones legales, y presentado lo antes posible a un tribunal. Estará, además, autorizado para recurrir en su defensa a todos los medios necesarios y adecuados para ello, en particular para elegir un abogado.

Artículo 5

(1) Los nacionales de una de las Partes Contratantes no pueden ser enrolados por la otra Parte Contratante para cumplir un servicio militar obligatorio.

(2) En caso de prestaciones de servicios personales y materiales y de cargas militares generales, así como de otras cargas análogas, se aplicará a los nacionales y a las sociedades de la otra Parte Contratante el tratamiento de la nación más favorecida.

Artículo 6

(1) Los bienes de los nacionales y de las sociedades de una de las Partes Contratantes gozan de protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Los inmuebles pertenecientes a nacionales y sociedades de una de las Partes Contratantes, ubicados en el territorio de la otra Parte Contratante, podrán ser objeto de entradas, intervenciones, registros o controles, solamente de conformidad con las disposiciones legales vigentes. En caso de recurrirse a tales medidas, las Partes Contratantes guardarán la mayor consideración a las personas que vivan o trabajen en el inmueble, y a la conducción de los negocios.

(3) Ninguna de las Partes Contratantes tomará medidas irrazonables o discriminatorias que perjudiquen los derechos o intereses legalmente adquiridos dentro de su territorio por nacionales y compañías de la otra Parte en las empresas que hayan establecido, en su capital, o en el adiestramiento, artes o tecnología que hayan suministrado.

(4) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates nach dessen Verfassungsbestimmungen das Recht auf Eigentum. Das Eigentum kann jedoch nur aus gerechtfertigten Gründen des öffentlichen Wohls oder des sozialen Interesses und gegen gerechte Entschädigung entzogen werden. Die Rechtmäßigkeit der Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

Artikel 7

(1) Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates hinsichtlich des Zutritts zu den Gerichten und Verwaltungsgerichten aller Instanzen zum Schutz ihrer Rechte dieselbe Behandlung wie den eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften gewährt. Dasselbe gilt für den Zutritt zu den Amtsstellen.

(2) Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates können im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie dessen eigene Staatsangehörige bei Schiedsverfahren in Handelssachen, bei denen die Wahl der Schiedsrichter ausschließlich den Beteiligten überlassen ist, schiedsrichterliche Aufgaben erfüllen.

Artikel 8

(1) Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates können im Gebiet des anderen Vertragsstaates jede selbständige oder unselbständige Tätigkeit aufnehmen und ausüben, sofern sie die dort verlangten gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Dieses gilt auch für Gesellschaften, soweit sie entsprechenden Anforderungen genügen, wie sie an gleichartige inländische Gesellschaften nach den für diese geltenden Vorschriften gestellt werden können.

(2) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates können im Gebiet des anderen Vertragsstaates im Rahmen der geltenden Gesetze Gesellschaften errichten oder sich an ihrer Errichtung beteiligen und Beteiligungen an Gesellschaften des anderen Vertragsstaates erwerben.

(3) Jeder Vertragsstaat behält sich das Recht vor, den Umfang einzuschränken, in dem in seinem Gebiet die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates Unternehmen errichten, Beteiligungen erwerben oder Unternehmen betreiben dürfen, die sich auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung, des öffentlichen Verkehrs, der Luft- oder Seetransporte, der Nutzung von Land oder der Ausbeutung von Boden- und Naturschätzen betätigen.

(4) Die Bestimmungen der Absätze (1) und (2) gelten nicht für

(a) den Gewerbebetrieb im Umherziehen und das ambulante Gewerbe am Wohnort;

(b) eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst;

(c) Tätigkeiten, deren Ausübung Ausländern nicht oder nur beschränkt zugänglich ist, gemäß Protokollziffer (4) Buchstabe (b).

(5) Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates sowie den Unternehmen, die in ihrem Eigentum oder unter ihrem bestimmenden Einfluß stehen, wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates in allen in diesem Artikel behandelten Angelegenheiten Meistbegünstigung gewährt.

(4) Los nacionales y las sociedades de una de las Partes Contratantes gozan en el territorio de la otra Parte Contratante del derecho a la propiedad, según las disposiciones de la Constitución. La propiedad no puede ser expropiada más que por causas justificadas de utilidad pública o de interés social, debiéndose conceder una justa indemnización. La legitimidad de la medida y la cuantía de la indemnización deben poderse comprobar en un procedimiento jurídico ordinario.

Artículo 7

(1) A los nacionales y a las sociedades de una de las Partes Contratantes se concederá en el territorio de la otra Parte Contratante el mismo tratamiento que a los nacionales y sociedades en lo que se refiere al acceso a los tribunales del orden judicial o administrativo, en todas las instancias para la protección de sus derechos. Este mismo tratamiento se aplicará para el acceso a las oficinas públicas.

(2) Los nacionales de una de las Partes Contratantes pueden desempeñar funciones arbitrales en el territorio de la otra Parte Contratante lo mismo que los nacionales, en los procedimientos de arbitraje en asuntos comerciales en los cuales la elección del árbitro se confía exclusivamente a los interesados.

Artículo 8

(1) Los nacionales de cada una de las Partes Contratantes pueden iniciar y ejercer en el territorio de la otra Parte Contratante toda actividad independiente o dependiente siempre que cumplan los requisitos legales que en ella se exijan. Esto se aplica también a las sociedades, siempre que cumplan exigencias análogas que puedan imponerse a sociedades nacionales de la misma índole, según las prescripciones vigentes para ellas.

(2) Los nacionales y sociedades de una Parte Contratante pueden fundar sociedades en el territorio de la otra Parte Contratante o participar en su fundación o adquirir intereses en sociedades de la otra Parte Contratante según las leyes vigentes.

(3) Cada una de las Partes Contratantes se reserva el derecho de limitar la extensión hasta la cual los nacionales o sociedades de la otra Parte pueden establecer, adquirir intereses, o mantener empresas que se ocupen en su territorio de servicios de utilidad pública, transportación aérea o marítima, o en la explotación de la tierra u otros recursos naturales.

(4) Las disposiciones de los párrafos (1) y (2) no se aplican:

(a) al comercio ambulante ejercido fuera del lugar del domicilio y al comercio ambulante ejercido en el lugar del domicilio;

(b) a una actividad en la Administración pública;

(c) a actividades a cuyo ejercicio no son admitidos los extranjeros o son admitidos sólo limitadamente, conforme a la cifra (4) del Protocolo, letra (b).

(5) Los nacionales y las sociedades de una de las Partes Contratantes y las empresas de su propiedad o controladas por ellos gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante el tratamiento de la nación más favorecida en todas las cuestiones que se tratan en este artículo.

Artikel 9

(1) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates, die in seinem Gebiet ein Gewerbe betreiben, sind berechtigt, im Gebiet des anderen Vertragsstaates unter Beachtung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften selbst oder durch in ihren Diensten stehende Handelsreisende Waren aufzukaufen oder bei Kaufleuten oder bei Personen, in deren Geschäftsbetrieb Waren der angebotenen Art verwendet werden, Bestellungen auf Waren aufzusuchen. Sie dürfen Warenmuster, aber keine Waren mit sich führen.

(2) Für die in Absatz (1) angeführten Tätigkeiten wird Meistbegünstigung gewährt.

Artikel 10

(1) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie die Staatsangehörigen und Gesellschaften dieses Vertragsstaates Dienste von Arbeitnehmern und selbständig Tätigen in Anspruch nehmen.

(2) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihre Sachverständigen und Fachleute für besondere Aufgaben zur Durchführung von innerbetrieblichen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Planung und dem Betrieb eines Unternehmens, das ihnen gehört oder an dem sie wesentlich beteiligt sind, beschäftigen; die Sachverständigen und Fachleute dürfen diesen Staatsangehörigen und Gesellschaften Bericht erstatten.

Artikel 11

Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates für den Abschluß von Rechtsgeschäften aller Art mit allen natürlichen Personen und Gesellschaften, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt haben, die gleiche Behandlung gewährt, wie sie den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates in Übereinstimmung mit dessen gesetzlichen Vorschriften gewährt wird. Sie können insbesondere Verträge schließen, Verbindlichkeiten eingehen, bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art innehaben, sie unter Lebenden oder von Todes wegen erwerben oder darüber verfügen.

Artikel 12

(1) Beide Vertragsstaaten kommen überein, nach Maßgabe ihrer geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Waren des anderen Vertragsstaates gegen unlauteren Wettbewerb im geschäftlichen Verkehr zu schützen.

(2) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates hinsichtlich des Erwerbs und der Aufrechterhaltung von Patenten und hinsichtlich der Rechte an Warenzeichen, Handelsnamen und Ausstattungen sowie hinsichtlich des sonstigen gewerblichen Eigentums die gleiche Behandlung wie die eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften.

Artikel 13

Beide Vertragsstaaten werden in Fragen der Anwendung und des Austausches wissenschaftlicher und technischer Erfahrungen zusammenarbeiten, um in ihren Gebieten zur Entwicklung der Produktion und zur Nutzbarmachung ihrer Rohstoffvorkommen beizutragen. Diese Zusammenarbeit wird sich nach Maßgabe entsprechender Vereinbarungen auf die wissenschaftliche und praktische Ausbildung von Angehörigen beider Staaten, auf die Vermittlung von Sachverständigen und Lehrpersonen sowie auf sonstige Angelegenheiten, die den Zwecken dieses Artikels förderlich sind, erstrecken.

Artículo 9

(1) Los nacionales y las sociedades de una de las Partes Contratantes que ejerzan una industria en su territorio están autorizados en el territorio de la otra Parte Contratante, observando las disposiciones legales existentes, a comprar mercaderías por sí mismos o por medio de viajantes a su servicio o a tomar pedidos de comerciantes o de personas que utilicen mercaderías del tipo ofrecido en su negocio. Pueden llevar consigo muestras, pero no mercaderías.

(2) Para las actividades mencionadas en el párrafo (1) se concede el tratamiento de la nación más favorecida.

Artículo 10

(1) Los nacionales y las sociedades de una de las Partes Contratantes pueden recabar en el territorio de la otra Parte Contratante, lo mismo que los nacionales de la otra Parte Contratante, los servicios dependientes o independientes de otras personas.

(2) Los nacionales y las sociedades de cada una de las Partes Contratantes podrán utilizar en el territorio de la otra Parte Contratante sus expertos técnicos y especialistas para fines específicos de realizar investigaciones técnicas internas relacionadas con la planificación y funcionamiento de una empresa que les pertenezca o en la que tengan participación substancial. Los expertos técnicos y especialistas podrán rendir informe a esos nacionales y sociedades.

Artículo 11

A los nacionales y a las sociedades de una de las Partes Contratantes se les concederá en el territorio de la otra Parte Contratante para la conclusión de actos jurídicos de todas clases con las personas físicas y sociedes que tengan domicilio, residencia o sede en el territorio de la otra Parte Contratante, el mismo tratamiento que a los nacionales y sociedades de la otra Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales. Especialmente pueden estipular contratos, contraer obligaciones, tener bienes muebles e inmuebles, derechos e intereses de toda especie, adquirirlos entre vivos o por causa de muerte, o disponer de ellos.

Artículo 12

(1) Las dos Partes Contratantes convienen proteger los artículos de la otra Parte Contratante contra competencia ilícita en el negocio, de acuerdo con su legislación vigente.

(2) Los nacionales y sociedades de cada una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante el mismo tratamiento que los nacionales y sociedades en lo que se refiere a la adquisición y conservación de patentes y respecto a los derechos en marcas de fábrica, nombres comerciales, etiquetas y envolturas comerciales y a la propiedad industrial de cualquier clase.

Artículo 13

Las dos Partes Contratantes colaborarán en las cuestiones de la aplicación e intercambio de las experiencias científicas y técnicas para contribuir al desarrollo de la producción y a la explotación de los yacimientos de materias primas en sus territorios. Esta colaboración se extenderá dentro de los acuerdos correspondientes, a la preparación científica y práctica de los nacionales de ambas Partes Contratantes, al intercambio de expertos y personal docente, así como a los demás asuntos que contribuyan a la realización de los fines señalados en este artículo.

Artikel 14

Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates für ihre Person, ihre Güter, Rechte und Interessen in bezug auf Steuern, Gebühren und Abgaben aller Art sowie alle anderen fiskalischen Lasten Meistbegünstigung.

Artikel 15

(1) Der Zahlungsverkehr regelt sich nach den Rechten und Pflichten, die sich für beide Vertragsstaaten aus dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds ergeben.

(2) Beide Vertragsstaaten erkennen an, daß die internationale Bewegungsfreiheit des Investitionskapitals und seiner Erträgnisse zur Erreichung der Ziele dieses Vertrages beitragen kann. Sie vereinbaren daher, daß Kapitalübertragungen und Überweisungen von Erträgnissen nicht unnötig erschwert werden dürfen. In Übereinstimmung mit diesem Grundsatz gewährt jeder Vertragsstaat den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates angemessene Möglichkeiten zur Übertragung der aus der Durchführung oder Unterhaltung solcher Investitionen im Gebiet des anderen Vertragsstaates erzielten Erträgnisse sowie für die Rückübertragung des investierten Kapitals. Derselbe Grundsatz gilt für die in Artikel 6 genannte Entschädigung. Hierbei behält sich jeder Vertragsstaat das Recht vor, Maßnahmen zu ergreifen, die ihn in Stand setzen, seine gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, die für die Gesundheit und das Wohlergehen seiner Bevölkerung notwendigen Warenlieferungen und Dienstleistungen zu sichern und die besonderen Bedürfnisse im Hinblick auf andere Devisentransaktionen zu berücksichtigen.

(3) Beide Vertragsstaaten sind sich darüber einig, für den Fall der Einführung oder Aufrechterhaltung von Devisenbeschränkungen unnötige Schädigungen der wirtschaftlichen Interessen des anderen Vertragsstaates zu vermeiden, insbesondere in bezug auf Ein- und Ausfuhren, die für die Wirtschaft des anderen Vertragsstaates wesentlich sind.

Artikel 16

Der Warenverkehr regelt sich nach den Rechten und Pflichten, die sich für beide Vertragsstaaten aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ergeben.

Artikel 17

(1) Schiffe unter der Flagge eines Vertragsstaates gelten als Schiffe dieses Vertragsstaates, wenn sie die Papiere mit sich führen, die nach dessen Recht zum Nachweis der Nationalität vorgeschrieben sind.

(2) Die von den zuständigen Behörden ausgestellten Schiffsmeßbriefe werden gegenseitig anerkannt. Die Schiffahrtsgebühren und -abgaben werden auf Grund dieser Meßbriefe ohne eine neue Vermessung nach den Bestimmungen berechnet und entrichtet, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates gelten.

Artikel 18

Die Schiffe des einen Vertragsstaates können mit ihren Fahrgästen und ihrer Ladung in alle für ausländische Schiffahrt und ausländischen Handel geöffneten Häfen, Plätze und Gewässer des anderen Vertragsstaates einlaufen und genießen in den Häfen hinsichtlich der Abgaben, Zölle, Steuern, Dienste oder Erleichterungen die gleiche Behandlung, die den Schiffen des meistbegünstigten Staates gewährt wird.

Artículo 14

Los nacionales y sociedades de una de las Partes Contratantes gozan en el territorio de la otra Parte Contratante del tratamiento de la nación más favorecida para su persona, sus bienes, derechos e intereses en lo que respecta a impuestos, derechos y tasas de toda clase, así como a todas las demás cargas de carácter fiscal.

Artículo 15

(1) El régimen de pagos se regula por los derechos y obligaciones resultantes para las dos Partes Contratantes del Convenio sobre el Fondo Monetario Internacional.

(2) Ambas Partes Contratantes reconocen que la libertad internacional de movimiento del capital de inversión y de sus beneficios puede contribuir a la consecución de los fines de este Tratado. Convienen, por lo tanto, en que no deben obstaculizarse innecesariamente las transferencias de tales capitales y beneficios. De acuerdo con este principio, cada Parte Contratante concede a los nacionales y sociedades de la otra Parte Contratante posibilidades adecuadas para la transferencia de los beneficios resultantes de la realización o mantenimiento de tales inversiones en el territorio de la otra Parte Contratante, así como para la repatriación del capital invertido. El mismo principio rige para la indemnización expresada en el artículo (6). En este respecto cada Parte Contratante se reserva el derecho de tomar medidas que le permitan cumplir sus compromisos legales, asegurar el abastecimiento de mercaderías y las prestaciones de servicios que sean necesarias para la salud y el bienestar de su población, y tener en cuenta las necesidades especiales en lo concerniente a otras transacciones de divisas.

(3) Las dos Partes Contratantes se comprometen a evitar perjuicios innecesarios de los intereses económicos de la otra Parte Contratante en el caso de que se impongan o se mantengan restricciones de divisas, especialmente en lo que se refiere a importaciones y exportaciones esenciales para la economía de la otra Parte Contratante.

Artículo 16

El tráfico de mercaderías se regula por los derechos y obligaciones que para las dos Partes Contratantes se derivan del Acuerdo General sobre Aranceles aduaneros y Comercio (G.A.T.T.)

Artículo 17

(1) Los buques con pabellón de una de las Partes Contratantes que llevan los documentos que su ley establece como prueba de la nacionalidad, se consideran como buques de esa Parte Contratante.

(2) Los certificados de tonelaje extendidos por las autoridades competentes son reconocidos recíprocamente. El cálculo y el pago de los derechos y tasas de navegación se efectúan a base de ese certificado de tonelaje sin un nuevo arqueo según las disposiciones que rigen en la otra Parte Contratante.

Artículo 18

Los buques de una de las Partes Contratantes pueden entrar con sus pasajeros y su carga en todos los puertos, plazas y aguas de la otra Parte Contratante abiertos a la navegación y al comercio extranjeros, y gozan en los puertos del mismo tratamiento que se concede a los buques de la nación más favorecida en lo referente a derechos, aranceles aduaneros, impuestos, servicios o facilidades.

Artikel 19

Wenn ein Schiff des einen Vertragsstaates an Küsten des anderen Vertragsstaates strandet oder Schiffbruch erleidet oder wenn es in eine Lage gerät, die Hilfe erforderlich macht, und einen Hafen des anderen Vertragsstaates anlaufen muß, wird dieser Vertragsstaat dem Schiff, der Besatzung, den Fahrgästen, der persönlichen Habe der Besatzung und der Fahrgäste und der Ladung des Schiffes den gleichen Schutz und Beistand gewähren, der in der gleichen Lage einem Schiff unter eigener Flagge gewährt würde. Er wird dem Schiff nach seiner Ausbesserung gemäß den diesbezüglichen Rechtsvorschriften die Fortsetzung der Reise erlauben. Die Gegenstände des Schiffes sind von jedem Zoll befreit, wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden; jedoch können diese Gegenstände bis zu ihrer Verbringung aus diesem Lande Zollsicherungsmaßnahmen unterworfen werden.

Artikel 20

(1) Durch diesen Vertrag bleibt das Recht eines jeden Vertragsstaates unberührt, Maßnahmen anzuwenden,

a) welche die Einfuhr und Ausfuhr von Gold, Platin, Silber und ihren Legierungen regeln;

b) welche spaltbare Stoffe oder Stoffe, die zu deren Herstellung dienen, sowie die bei der Verwendung oder Verarbeitung dieser Stoffe anfallenden radioaktiven Nebenprodukte betreffen;

c) welche die Erzeugung und den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial und deren Beförderung betreffen sowie den Handel mit anderen Waren regeln, die unmittelbar oder mittelbar zur Versorgung von Streitkräften bestimmt sind;

d) welche notwendig sind, um seine Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu erfüllen, oder die zum wirksamen Schutz seiner eigenen wesentlichen Sicherheitsinteressen unerläßlich sind;

e) welche sich auf die Fischerei und Jagd auf See beziehen, deren Regelung im allgemeinen — einschließlich der Anlandung der Ergebnisse der Fischerei und Jagd seiner Fischer und der von ihnen daraus gewonnenen Erzeugnisse — den Gesetzen und Verwaltungsvorschriften der Vertragsstaaten unterliegt;

f) welche dem Schutz der einheimischen Kunst-, historischen oder archäologischen Schätze dienen;

g) welche die Vorschriften steuerlicher und polizeilicher Art, denen im Gebiet des betreffenden Vertragsstaates die einheimischen Waren unterworfen sind, auf die gleichartigen ausländischen Waren ausdehnen;

h) welche die Ein- und Ausfuhr aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht rein handelsmäßiger Natur oder zur Verhinderung irreführender oder unlauterer Praktiken verbieten oder beschränken, sofern diese Verbote oder Beschränkungen keine willkürliche Diskriminierung des Handels des anderen Vertragsstaates darstellen.

(2) Die Meistbegünstigungsbestimmungen dieses Vertrages gelten nicht für

a) Vergünstigungen, die einer der beiden Vertragsstaaten einem anderen Land durch Abkommen zur Vermeidung einer unterschiedlichen Behandlung in steuerlichen Angelegenheiten und insbesondere zur Vermeidung der zwischenstaatlichen Doppelbesteuerung gewährt;

Artículo 19

Si un buque de una de las Partes Contratantes encalla en las costas de la otra Parte Contratante o naufraga o se ve en necesidad de hacer arribada forzosa a un puerto de la otra Parte Contratante, ésta dará al buque, a la tripulación, a los pasajeros, a los bienes personales de la tripulación y de los pasajeros, y a la carga del buque la misma protección y asistencia que acordaría en la misma situación a un buque que navegase con su propio pabellón. Después de reparado, permitirá al buque proseguir su ruta conforme a las prescripciones legales correspondientes. Los objetos del buque están exentos del pago de derechos aduaneros si no pasan al consumo interior; sin embargo, estos objetos pueden ser sometidos a medidas de seguridad aduanera hasta que salgan de ese país.

Artículo 20

(1) El presente Tratado no perjudica el derecho de cada una de las Partes Contratantes a tomar medidas:

(a) relativas a la importación y exportación de oro, platino, plata y sus aleaciones;

(b) relativas a los materiales de fisión o materiales que sirven para su fabricación, así como los productos radioactivos secundarios que resulten del empleo o de la elaboración de esos materiales;

(c) relativas a la producción y al tráfico de armas, munición y material de guerra, así como al comercio de otras mercaderías destinadas directa o indirectamente al aprovisionamiento de fuerzas armadas;

(d) necesarias para el cumplimiento de las obligaciones contraídas para el mantenimiento o el restablecimiento de la paz y de la seguridad internacional o indispensables para la eficaz protección de sus propios intereses esenciales de seguridad;

(e) que se refieran a la pesca y a la caza en el mar cuya reglamentación está sometida, en general, a las leyes y disposiciones administrativas de las Partes Contratantes, incluyendo el desembarque del producto de la pesca y de la caza de sus pescadores y de los que éstos obtuvieron de ellas;

(f) que sirvan para la protección de los tesoros nacionales arqueológicos, artísticos o históricos;

(g) que extiendan las disposiciones fiscales y policiales a que están sometidas las mercaderías nacionales en el territorio de la Parte Contratante correspondiente a las mercaderías análogas extranjeras;

(h) que prohiban o limiten la importación y la exportación por razones sanitarias u otras razones usuales que no sean de naturaleza puramente comercial o para impedir prácticas que induzcan a error o incorrectas, siempre que estas prohibiciones o limitaciones no representen una discriminación arbitraria del comercio de la otra Parte Contratante.

(2) Las disposiciones de este Tratado referentes al tratamiento de la nación más favorecida no se aplican a:

(a) los privilegios que una de las dos Partes Contratantes concede a un tercer país en virtud de un convenio para evitar un tratamiento diferente en cuestiones tributarias y, especialmente, para evitar una doble tributación;

b) Vergünstigungen und Vorteile, die einer der beiden Vertragsstaaten auf Grund einer Zollunion oder Freihandelszone oder auf Grund seiner Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft gewährt, die zwischen mehreren Ländern errichtet worden ist, und gemeinschaftliche Regelungen auf einem oder mehreren Gebieten der Erzeugung, des Handels, der Dienstleistungen oder der Niederlassung einschließt oder die der Sicherheit dieser Länder dient;

c) Vergünstigungen, die einer der beiden Vertragsstaaten benachbarten Ländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt;

d) Vergünstigungen, die sich aus dem Vertrage über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und den Zusatzverträgen in der Fassung des in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland ergeben;

e) Vergünstigungen, die einer der beiden Vertragsstaaten einem oder mehreren Ländern auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt gewährt.

(3) Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Behandlung von Waren schließen keine Handlung eines der Vertragsstaaten aus, die das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vorschreibt oder zuläßt, solange dieser Vertragsstaat Vertragspartner des Abkommens ist. Dementsprechend finden die Bestimmungen dieses Vertrages über die Meistbegünstigung keine Anwendung auf Sondervergünstigungen, die auf Grund des vorgenannten Abkommens eingeräumt werden.

Artikel 21

(1) Der Ausdruck „gleiche Behandlung wie die der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften" bedeutet eine nicht weniger günstige Behandlung als diejenige, die innerhalb des Gebietes eines Vertragsstaates unter gleichartigen Voraussetzungen den Staatsangehörigen, Gesellschaften, Erzeugnissen, Schiffen und sonstigen Objekten jeder Art dieses Vertragsstaates gewährt wird.

(2) Der Ausdruck „Meistbegünstigung" bedeutet die innerhalb des Gebietes eines Vertragsstaates gewährte Behandlung, die nicht weniger günstig ist als diejenige, die dort unter gleichartigen Voraussetzungen den Staatsangehörigen, Gesellschaften, Erzeugnissen, Schiffen und sonstigen Objekten jeder Art irgendeines dritten Landes gewährt wird.

(3) Der Ausdruck „Gesellschaften" in diesem Vertrag bedeutet Handelsgesellschaften sowie andere Gesellschaften, Vereinigungen und juristische Personen; dabei ist es unerheblich, ob die Haftung ihrer Gesellschafter beschränkt ist oder nicht.

(4) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt als Staatsangehöriger eines Vertragsstaates jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaates ausgestellten nationalen Reisepaß oder eines der im Protokoll Ziffer (12) genannten gültigen Ausweispapiere besitzt.

Artikel 22

Die Gebiete, auf die sich dieser Vertrag erstreckt, umfassen alle Land- und Wassergebiete, über die einer der beiden Vertragsstaaten Hoheitsgewalt oder hoheitliche Befugnisse ausübt.

Artikel 23

(1) Die Vertragsstaaten werden etwaige Vorstellungen, die einer von ihnen hinsichtlich der Anwendung dieses Vertrages erhebt, wohlwollend in Betracht ziehen.

(b) los privilegios y ventajas que una de las dos Partes Contratantes conceda en virtud de una unión aduanera o de una zona libre de comercio, o en virtud de su pertenencia a una comunidad constituída entre varios países y que se extiende a reglamentaciones comunes en uno o varios campos de la producción, del comercio, de las prestaciones de servicios o de establecimiento o que sirve para la seguridad de esos países;

(c) los privilegios que conceda una de las dos Partes Contratantes a países limítrofes para facilitar el tráfico fronterizo;

(d) los privilegios que resultan del Tratado sobre las relaciones entre la República Federal de Alemania y las Tres Potencias y de los Tratados adicionales en el texto del Protocolo firmado en París el 23 de octubre de 1954 sobre la terminación del régimen de ocupación en la República Federal de Alemania;

(e) los privilegios que una de las Partes Contratantes concede a uno o varios países en el campo de la aviación civil.

(3) Las disposiciones del presente Tratado relativas al tratamiento de mercaderías no excluyen la acción de una de las Partes Contratantes, que prescriba o permita el Acuerdo General sobre Aranceles aduaneros y Comercio (G.A.T.T.), mientras dicha Parte sea una Parte Contratante del citado Acuerdo General. Asimismo, las disposiciones del tratamiento de la nación más favorecida en el presente Tratado no se aplicarán a privilegios especiales o ventajas acordadas en virtud del citado Acuerdo General.

Artículo 21

(1) El término "mismo tratamiento que los nacionales y sociedades nacionales" significa el tratamiento no menos favorable que el que se concede, dentro del territorio de una de las Partes Contratantes, en situaciones similares, y con respecto a la misma materia, a los nacionales, sociedades, productos, buques y demás objetos de cualquier clase de esta Parte Contratante.

(2) El término "tratamiento de la nación más favorecida" significa el tratamiento concedido dentro del territorio de una de las Partes Contratantes, no menos favorable que el que se conceda en dicho territorio en situaciones similares y con respecto a la misma materia, a los nacionales, sociedades, productos, buques y demás objetos de cualquier clase de un tercer país.

(3) El término "sociedades" en el presente Tratado significa sociedades comerciales en general y otras sociedades, asociaciones y personas jurídicas, sin considerar que la responsabilidad de los socios sea limitada o no.

(4) Sin perjuicio de otros métodos para la determinación de la nacionalidad, una persona titular de un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de una de las Partes Contratantes o de un documento de identidad válido indicado en el Protocolo, cifra 12, será considerado como nacional de la Parte Contratante en cuestión.

Artículo 22

Los territorios a que se refiere el presente Tratado comprenden todas las zonas terrestres y marítimas sobre las cuales ejerce soberanía o poderes soberanos una de las dos Partes Contratantes.

Artículo 23

(1) Las dos Partes Contratantes tomarán en consideración con buena voluntad las objeciones que una de ellas pueda hacer respecto de la aplicación de este Tratado.

(2) Die Vertragsstaaten setzen einen Gemischten Beratenden Ausschuß ein, der auf Ersuchen eines der beiden Vertragsstaaten innerhalb von zwei Monaten nach dem Ersuchen abwechselnd im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Gebiet der Dominikanischen Republik zusammentritt.

(3) Sofern bei der Durchführung dieses Vertrages Schwierigkeiten auftreten, die im Wege unmittelbarer diplomatischer Verhandlungen nicht gelöst werden können, prüft der Ausschuß die ihm von den Regierungen der Vertragsstaaten vorgelegten Fragen mit dem Ziel, ihre Lösung zu erleichtern.

(4) Der Ausschuß erstellt nach jeder Sitzung einen Bericht, der den beiden Regierungen zugeleitet wird.

(5) Der Ausschuß setzt sich aus höchstens drei Vertretern jeder Vertragspartei zusammen.

Artikel 24

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages, die nicht auf diplomatischem Wege oder durch den Gemischten Beratenden Ausschuß beigelegt werden kann, wird auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht, das von den Vertragsstaaten innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Eingang eines dahingehenden Antrages gebildet werden muß, unterbreitet. Die Entscheidung des Gerichts ist für die Vertragsstaaten verbindlich.

(2) Wird das Schiedsgericht nicht innerhalb der in vorstehendem Absatz vorgesehenen Frist gebildet oder entscheidet es nicht innerhalb einer weiteren Frist von sechs Monaten, so ist jeder Vertragsstaat berechtigt, den Internationalen Gerichtshof mit dem Streitfall zu befassen.

Artikel 25

(1) Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Ciudad Trujillo ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er gilt für fünf Jahre und bleibt danach in Kraft, bis er gemäß den Bestimmungen dieses Artikels beendet wird.

(3) Jeder Vertragsstaat kann diesen Vertrag nach Ablauf der ursprünglichen fünfjährigen Laufzeit durch schriftliche Mitteilung mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr zu jedem Zeitpunkt kündigen.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 23. Dezember 1957 in doppelter Urschrift in deutscher und spanischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

gezeichnet:

von Merkatz

Für die Dominikanische Republik

gezeichnet:

S. Ortiz

(2) Las dos Partes Contratantes nombrarán una Comisión Mixta consultiva que a requerimiento de una de las dos Partes Contratantes se reunirá alternativamente en el territorio de la República Federal de Alemania y en el territorio de la República Dominicana, dentro de los dos (2) meses siguientes al requerimiento.

(3) La Comisión tiene la misión de examinar las cuestiones presentadas por los Gobiernos de las Partes Contratantes que surjan en la ejecución del presente Tratado para facilitar a las Partes Contratantes la solución de las dificultades que pudieran presentarse y que no se hayan resuelto por negociaciones diplomáticas directas.

(4) La Comisión preparará después de cada sesión un informe que hará llegar a los dos Gobiernos.

(5) La Comisión se compondrá, a lo sumo, de tres representantes de cada Parte Contratante.

Artículo 24

(1) Toda controversia sobre la interpretación o la aplicación del presente Tratado que no pueda resolverse por vía diplomática o por la Comisión Mixta consultiva, se someterá, a requerimiento de una de las Partes Contratantes, a un tribunal arbitral que las Partes Contratantes constituirán en el plazo de tres (3) meses después de recibida la solicitud correspondiente. La decisión del tribunal arbitral sobre el litigio será obligatoria para las Partes Contratantes.

(2) Si el tribunal arbitral no se constituye dentro del plazo previsto en el párrafo anterior o no decide en un plazo ulterior de seis (6) meses, cada una de las Partes Contratantes está facultada para someter el caso litigioso a la Corte Internacional de Justicia.

Artículo 25

(1) El presente Tratado será ratificado y el canje de los instrumentos de ratificación tendrá lugar lo antes posible en Ciudad Trujillo.

(2) El presente Tratado entra en vigor un mes después del canje de los instrumentos de ratificación. Su validez es de cinco (5) años y seguirá después en vigor hasta que termine en virtud de las disposiciones de este artículo.

(3) Cada una de las Partes Contratantes puede, mediante notificación escrita, con un año de antelación, denunciar el presente Tratado al finalizar el período inicial de cinco (5) años, y después de esta fecha en cualquier momento.

EN FE DE LO CUAL los respectivos plenipotenciarios han firmado el presente Tratado, y le han sellado con sus sellos.

HECHO en Bonn el 23 de Diciembre de 1957 en dos originales en idioma alemán y español, siendo ambos textos igualmente válidos.

Por la República Federal de Alemania

firmado:

von Merkatz

Por la República Dominicana

firmado:

S. Ortiz

Protokoll

BEI DER UNTERZEICHNUNG des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Die Ausdrücke „Volksgesundheit" in Artikel 3 Absatz (3) und „aus gesundheitlichen Gründen" in Artikel 20 Absatz (1) Buchstabe (h) umfassen den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen.

(2) Personen, die die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten besitzen und ihren dauernden Aufenthalt sowie ihre Lebensgrundlage im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, dürfen nur von diesem Vertragsstaat zur Erfüllung einer gesetzlichen Wehrdienstpflicht herangezogen werden [zu Artikel 5 Absatz (1)].

(3) Die Behandlung gemäß Artikel 7 Absatz (1) umfaßt nicht die Bewilligung des Armenrechts und die Befreiung vom Erfordernis der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten.

(4) (a) Die Bestimmungen des Artikels 8 Absatz (1) und des Artikels 10 Absatz (1) hindern keinen der Vertragsstaaten, seine Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer anzuwenden. Artikel 8 Absatz (5) findet auf die Beschäftigung von Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates als Arbeitnehmer im Gebiet des anderen Vertragsstaates keine Anwendung. Die Erteilung der nach den vorerwähnten Vorschriften erforderlichen Genehmigung zur Ausübung einer unselbständigen Beschäftigung durch Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates wird jedoch großzügig gehandhabt werden.

(b) Es besteht Einverständnis darüber, daß die Ausübung nachstehend aufgeführter Berufe oder Tätigkeiten ausländischen Staatsangehörigen oder ausländischen Gesellschaften nicht oder nur beschränkt zugänglich ist:

Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Landmesser, Architekten, Rechtsanwälte, Rechtsbeistände, Notare, Patentanwälte, Wirtschaftprüfer, Buchprüfer, Steuerberater, Helfer in Steuersachen, Auswanderungsunternehmer, Auswanderungsagenten, Kapitäne, Schiffsoffiziere, Lotsen, Bezirksschornsteinfeger, Buchmacher, Tätigkeiten auf dem Gebiet der gewerblichen Beförderung von Personen und Sachen durch Luftfahrzeuge, Tätigkeiten auf dem Gebiet der Erzeugung, des Handels oder der Verwendung von Sprengstoffen und der Erzeugung von Waffen oder des Handels damit.

(5) Die Bestimmungen der Artikel 8, 9 und 10 lassen das Recht jedes Vertragsstaates unberührt in seinem Gebiet, die Zweigstellen solcher Kreditinstitute oder Versicherungsgesellschaften, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren Sitz haben, entsprechenden Anforderungen zu unterwerfen, wie sie an inländische Kreditinstitute oder an inländische Versicherungsgesellschaften gestellt werden.

(6) Artikel 11 ist nicht dahin auszulegen, daß ein Vertragsstaat daran gehindert ist, als Voraussetzung für die Eintragung eines Schiffes oder eines Luftfahrzeuges im nationalen Register vorzuschreiben, daß Schiffe oder Luftfahrzeuge nicht im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines ausländischen Staates stehen dürfen.

Protocolo

EN EL ACTO DE LA FIRMA del Tratado de Amistad, Comercio y Navegación entre la República Federal de Alemania y la República Dominicana, los infrascritos plenipotenciarios han concertado además las siguientes disposiciones que serán consideradas como parte integrante del Tratado:

1) Los términos "salud pública" en el artículo 3, párrafo 3, y "por razones sanitarias" en el artículo 20, párrafo 1, letra h), abarcan la protección de la vida y de la salud de hombres, animales y plantas.

2) Las personas que posean la nacionalidad de las dos Partes Contratantes y tengan su residencia fija y su base de vida en el territorio de una de las Partes Contratantes, no serán llamadas a cumplir un servicio militar obligatorio, dispuesto por la ley, más que por esa Parte Contratante (ad Art. 5, Párrafo 1).

3) El tratamiento acordado en el artículo 7, párrafo 1, no comprende la concesión del derecho de pobreza y la exención de la necesidad de consignación para costas procesales.

4) (a) Las disposiciones del artículo 8, párrafo 1, y del artículo 10, párrafo 1, no impiden a ninguna de las Partes Contratantes aplicar sus prescripciones sobre la ocupación de obreros extranjeros. El artículo 8, párrafo 5, no se aplica a la ocupación de nacionales de una de las Partes Contratantes como obreros en el territorio de la otra Parte Contratante. La concesión de la autorización necesaria, según las prescripciones anteriormente mencionadas, para el ejercicio de una actividad no independiente por los nacionales de la otra Parte Contratante, se tratará, sin embargo, liberalmente.

(b) Se conviene en que el ejercicio de las profesiones o actividades que a continuación se indican no son accesibles para nacionales extranjeros o sociedades extranjeras, o lo son restringidamente:

Médicos, dentistas, veterinarios, farmacéuticos, agrimensores, arquitectos, abogados, consultores jurídicos (Rechtsbeistände), notarios, abogados de patentes, peritos contadores, contables, asesores de impuestos, agentes de diligencias tributarias, empresarios de emigración, agentes de emigración, capitanes y oficiales de buques, prácticos de puerto, deshollinadores de barrio y totalizadores (bookmaker), actividades en relación con el transporte de personas y objetos por vía aérea, y las del ramo de la producción, comercio o utilización de explosivos y la producción y comercio de armas.

5) Las disposiciones de los artículos 8, 9 y 10, no afectan al derecho de cada Parte Contratante de someter en su territorio las sucursales de institutos de crédito o de compañías de seguros que tengan su sede en el territorio de la otra Parte Contratante a los requisitos análogos que rigen para los institutos de crédito y compañías de seguros nacionales, respectivamente.

6) El artículo 11 no se interpretará en el sentido de que una Parte Contratante no pueda disponer, como condición previa para el registro de un buque o una aeronave en el Registro Nacional, que los buques y las aeronaves no deben ser propiedad de nacionales o sociedades de un Estado extranjero.

(7) Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, die Kapitaleinfuhr (Artikel 15) von einer Genehmigung abhängig zu machen.

(8) Sobald sich ergibt, daß das in Artikel 15 Absatz (1) genannte Abkommen über den Internationalen Währungsfonds oder das in Artikel 16 genannte Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) gegenüber einem der beiden Vertragsstaaten nicht mehr angewendet wird, werden die beiden Vertragsstaaten in eine Konsultation eintreten, um festzustellen, welche Regelungen unter den dann vorliegenden Verhältnissen getroffen werden sollen.

(9) Vorteile, Vergünstigungen, Vorrechte oder Befreiungen, die einer der beiden Vertragsstaaten Staatsangehörigen oder Gesellschaften anderer Länder bei der Einfuhr von Waren ohne Rücksicht auf deren Ursprung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zugesteht, fallen nicht unter Artikel 16, wenn der Zweck der Zugeständnisse außerhalb des Handelsverkehrs liegt (z. B. Zollbefreiung für den Reisebedarf der Touristen oder für Diplomaten- und Konsulargut).

(10) Artikel 18 gibt keinem der beiden Vertragsstaaten das Recht, vom anderen Vertragsstaat die Anwendung der Meistbegünstigung zu verlangen, um weitergehende Vorteile zu erhalten als diejenigen, die er selbst dem anderen Vertragsstaat gewährt.

(11) Gesellschaften, die im Gebiet des einen Vertragsstaates ihren Sitz haben und nach seinen Gesetzen zu Recht bestehen, gelten als Gesellschaften dieses Vertragsstaates; ihr rechtlicher Status wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates anerkannt.

(12) Ausweispapiere im Sinne des Artikels 21 Absatz (4) sind unter anderem:

a) für die Bundesrepublik Deutschland:
eine von Behörden der Bundesrepublik Deutschland ausgestellte, gültige Bescheinigung darüber, daß der Inhaber Deutscher im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist, oder ein von Behörden der Bundesrepublik Deutschland ausgestelltes Seefahrtbuch, vorausgesetzt, daß es die Eintragung enthält, daß der Inhaber Deutscher ist,

b) für die Dominikanische Republik:
der Personalausweis oder die Geburtsurkunde.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 23. Dezember 1957 in doppelter Urschrift in deutscher und spanischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
von Merkatz

Für die Dominikanische Republik
gezeichnet:
S. Ortiz

7) Cada una de las Partes Contratantes está facultada para someter a una autorización la importación de capital (Artículo 15).

8) Tan pronto como se vea que el Convenio sobre el Fondo Monetario Internacional mencionado en el artículo 15, párrafo 1, o que el Acuerdo General sobre Aranceles aduaneros y Comercio (G.A.T.T.) mencionado en el artículo 16, no se aplica ya respecto a una de las dos Partes Contratantes, éstas entrarán en consulta para determinar las reglamentaciones que han de adoptarse en las circunstancias dadas.

9) Las ventajas, facilidades, privilegios o exenciones que cada una de las Partes Contratantes concede a nacionales o sociedades de otros países para la importación o la exportación de productos, sin tener en cuenta su origen, a base de la reciprocidad, no caen bajo el artículo 16 cuando el objeto de las concesiones está fuera del intercambio comercial (por ejemplo: exención de aranceles aduaneros para los objetos necesarios para el viaje de los turistas o para bienes diplomáticos o consulares).

10) El artículo 18 no concede a ninguna de las Partes Contratantes el derecho a reclamar de la otra Parte Contratante la aplicación del tratamiento de la nación más favorecida para obtener mayores ventajas que las que ella conceda a la otra Parte Contratante.

11) Las sociedades que tienen su sede en el territorio de una de las Partes Contratantes y están debidamente constituídas conforme a sus leyes, figuran como sociedades de esa Parte Contratante; su estatuto jurídico es reconocido en el territorio de la otra Parte Contratante.

12) Se entienden como documentos de identidad en el sentido del artículo 21, párrafo 4, entre otros:

(a) Para la República Federal de Alemania:
Un certificado extendido por una autoridad de la República Federal de Alemania y válido, que acredite que el titular es alemán en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania, o una libreta de navegación extendida por una autoridad de la República Federal de Alemania, a condición de que en ella figure la mención de que el titular es alemán;

(b) Para la República Dominicana:
La Cédula Personal de Identidad o el Acta de Nacimiento.

EN FE DE LO CUAL los respectivos plenipotenciarios han firmado el presente Protocolo y lo han sellado con sus sellos.

HECHO en Bonn el 23 de Diciembre de 1957 en dos originales en idioma alemán y español, siendo ambos textos igualmente válidos.

Por la República Federal de Alemania
firmado:
von Merkatz

Por la República Dominicana
firmado:
S. Ortiz

Notenwechsel

1

Der Bundesminister für
Angelegenheiten des Bundesrates
und der Länder
in Vertretung
des Bundesministers des Auswärtigen

Bonn, den 23. Dezember 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik Bezug zu nehmen und Ihnen folgende zusätzliche Vereinbarung vorzuschlagen:

(1) Schiffe und Flugzeuge unter der Flagge des einen Vertragsstaates unterliegen im Gebiet des anderen Vertragsstaates nicht den Maßnahmen, auf die sich Artikel 5 Absatz (2) und Artikel 6 Absatz (4) beziehen.

(2) Die Bestimmungen der Artikel 5 Absatz (2) und Artikel 6 Absatz (4) gelten auch für die Überführung eines Privatunternehmens in öffentliches Eigentum, seine Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Inhalt der vorstehenden Vereinbarung, die als Bestandteil des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages gelten soll, bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Merkatz

Seiner Exzellenz

dem Botschafter der Dominikanischen Republik

Herrn S. Salvador Ortiz

Bonn

Embajada
de la
República Dominicana

Bonn, 23 de Diciembre de 1957

Excelencia:

Tengo el honor de acusar recibo de su nota del 23 de Diciembre de 1957 que dice textualmente:

"Tengo el honor de referirme al Tratado de Amistad, Comercio y Navegación entre la República Federal de Alemania y la República Dominicana, firmado el día de hoy, y de someter a su consideración el Acuerdo adicional siguiente:

(1) Los buques y aeronaves con pabellón de una de las Partes Contratantes no están sujetos en el territorio de la otra Parte Contratante a las medidas a que se refieren el artículo 5, párrafo (2) y el artículo 6, párrafo (4).

(2) Las disposiciones del artículo 5, párrafo (2) y del artículo 6, párrafo (4) rigen también para la transferencia de una empresa privada a propiedad pública, para someterla a control público o para análogas intervenciones de la mano pública.

Le agradecería confirmase el contenido del Acuerdo precedente, que se considerará como parte integrante del Tratado de Amistad, Comercio y Navegación."

Tengo el honor de confirmarle el contenido del Acuerdo precedente, que se considerará como parte integrante del Tratado de Amistad, Comercio y Navegación.

Reciba, Excelencia, el testimonio de mi más distinguida consideración.

S. Ortiz

A Su Excelencia

El Ministro Federal de Asuntos del Consejo Federal y de los Estados

Señor Dr. Hans-Joachim von Merkatz

en representación del Ministro Federal de Relaciones Exteriores

Bonn

(Übersetzung)

Botschaft
der Dominikanischen Republik

Bonn, den 23. Dezember 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 23. Dezember 1957 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik Bezug zu nehmen und Ihnen folgende zusätzliche Vereinbarung vorzuschlagen:

(1) Schiffe und Flugzeuge unter der Flagge des einen Vertragsstaates unterliegen im Gebiet des anderen Vertragsstaates nicht den Maßnahmen, auf die sich Artikel 5 Absatz (2) und Artikel 6 Absatz (4) beziehen.

(2) Die Bestimmungen der Artikel 5 Absatz (2) und Artikel 6 Absatz (4) gelten auch für die Überführung eines Privatunternehmens in öffentliches Eigentum, seine Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Inhalt der vorstehenden Vereinbarung, die als Bestandteil des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages gelten soll, bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen den Inhalt der vorstehenden Vereinbarung, die als Bestandteil des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages gelten soll, zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. Ortiz

Seiner Exzellenz

dem Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder

Herrn Dr. Hans-Joachim von Merkatz

in Vertretung des Bundesministers des Auswärtigen

Bonn

Der Bundesminister für
Angelegenheiten des Bundesrates
und der Länder
in Vertretung
des Bundesministers des Auswärtigen

Bonn, den 23. Dezember 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, Ihnen unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in Übereinstimmung mit dem Senat von Berlin den Wunsch, das Land Berlin in den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik einzubeziehen und schlägt daher der Regierung der Dominikanischen Republik den Abschluß folgender Vereinbarung vor:

> „Der Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Dominikanischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt."

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich wissen ließen, ob die Regierung der Dominikanischen Republik mit diesem Vorschlag einverstanden ist. Bejahendenfalls werden diese Note und Ihre Antwortnote als formelle Bestätigung der zwischen beiden Regierungen getroffenen Vereinbarung angesehen werden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Merkatz

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Dominikanischen Republik
Herrn S. Salvador Ortiz
Bonn

Embajada
de la
República Dominicana

Bonn, 23 de Diciembre de 1957

Excelencia:

Tengo el honor de acusar recibo de su nota del 23 de Diciembre de 1957 que dice textualmente:

"El Gobierno de la República Federal de Alemania, de Acuerdo con el Senado de Berlín, tiene el deseo de incluir el Land de Berlín en el Tratado de Amistad, Comercio y Navegación concertado entre la República Federal de Alemania y la República Dominicana y propone por consiguiente al Gobierno de la República Dominicana la conclusión del siguiente acuerdo:

'El Tratado se aplica también al Land de Berlín siempre que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga al Gobierno de la República Dominicana una declaración en contrario dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del Tratado.'

Le agradecería que me hiciese saber si el Gobierno de la República Dominicana está de acuerdo con esta propuesta. En caso afirmativo esta nota y su nota de contestación se considerarán como formal confirmación del acuerdo concertado entre los dos Gobiernos."

Tengo el honor de comunicarle que el Gobierno de la República Dominicana está de acuerdo con el contenido de la nota precedente.

Reciba, Excelencia, el testimonio de mi más distinguida consideración.

S. Ortiz

A Su Excelencia
El Ministro Federal de Asuntos del Consejo Federal
y de los Estados
Señor Dr. Hans-Joachim von Merkatz
en representación del Ministro Federal
de Relaciones Exteriores

Bonn

(Übersetzung)

Botschaft
der
Dominikanischen Republik

Bonn, den 23. Dezember 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 23. Dezember 1957 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in Übereinstimmung mit dem Senat von Berlin den Wunsch, das Land Berlin in den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik einzubeziehen und schlägt daher der Regierung der Dominikanischen Republik den Abschluß folgender Vereinbarung vor:

‚Der Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Dominikanischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.'

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich wissen ließen, ob die Regierung der Dominikanischen Republik mit diesem Vorschlag einverstanden ist. Bejahendenfalls werden diese Note und Ihre Antwortnote als formelle Bestätigung der zwischen beiden Regierungen getroffenen Vereinbarung angesehen werden."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Dominikanischen Republik mit dem Inhalt dieser Note einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. Ortiz

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister für
Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder
Herrn Dr. Hans-Joachim von Merkatz
als Vertreter des Herrn Bundesministers des Auswärtigen
Bonn

3

Der Bundesminister für
Angelegenheiten des Bundesrates
und der Länder
in Vertretung
des Bundesministers des Auswärtigen

Bonn, den 23. Dezember 1957

Exzellenz,

Anläßlich des Abschlusses des heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die in Kapitel II des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage enthaltenen besonderen Bestimmungen durch den erwähnten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik nicht berührt werden. Kapitel II des genannten Vertrages vom 27. Oktober 1956 sieht vor, daß das Saarland während einer Übergangszeit von höchstens drei Jahren nicht zum Zoll- und Währungsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gehört.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Merkatz

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Dominikanischen Republik
Herrn S. Salvador Ortiz
Bonn

(Übersetzung)

Embajada
de la
República Dominicana

Bonn, 23 de Diciembre de 1957

Excelencia:

Tengo el honor de acusar recibo de su nota del 23 de Diciembre de 1957 que dice textualmente:

"Con ocasión de la conclusión del Tratado de Amistad, Comercio y Navegación firmado hoy entre la República Federal de Alemania y la República Dominicana, tengo el honor de comunicarle lo siguiente:

El Gobierno de la República Federal de Alemania parte del supuesto de que las disposiciones especiales contenidas en el capítulo II del Tratado del 27 de Octubre de 1956 entre la República Federal de Alemania y la República Francesa para el arreglo del problema del Saar no son afectadas por el mencionado Tratado de Amistad, Comercio y Navegación entre la República Federal de Alemania y la República Dominicana. El capítulo II del citado Tratado del 27 de Octubre de 1956 prevé que el territorio del Saar no pertenece durante un período de transición de tres años a lo sumo a la zona aduanera y monetaria de la República Federal de Alemania."

Tengo el honor de comunicarle que el Gobierno de la República Dominicana se ha enterado del contenido de la nota precedente.

Reciba, Excelencia, el testimonio de mi más distinguida consideración.

S. Ortiz

A Su Excelencia
El Ministro Federal de Asuntos del Consejo Federal
y de los Estados
Señor Dr. Hans-Joachim von Merkatz
en representación del Ministro Federal
de Relaciones Exteriores
Bonn

Botschaft
der
Dominikanischen Republik

Bonn, den 23. Dezember 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 23. Dezember 1957 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Anläßlich des Abschlusses des heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die in Kapitel II des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage enthaltenen besonderen Bestimmungen durch den erwähnten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik nicht berührt werden. Kapitel II des genannten Vertrages vom 27. Oktober 1956 sieht vor, daß das Saarland während einer Übergangszeit von höchstens drei Jahren nicht zum Zoll- und Währungsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gehört."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Dominikanischen Republik mit dem Inhalt dieser Note einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. Ortiz

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister für
Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder
Herr Dr. Hans-Joachim von Merkatz
als Vertreter des Herrn Bundesministers
des Auswärtigen
Bonn

Begründung

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dominikanischen Republik bestanden bisher keine bilateralen Vereinbarungen in bezug auf die Niederlassung, die berufliche Betätigung, den Schutz der Person und des Eigentums, den Handel und die Schiffahrt. Soweit vertragliche Bindungen zwischen beiden Ländern bestanden, waren es solche multilateraler Art. Auf dem Gebiet des zwischenstaatlichen Handels waren dies das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und das Abkommen über den Internationalen Währungsfonds. Dazu kamen noch einige multilaterale Vereinbarungen auf Spezialgebieten, wie z. B. der Weltpostvertrag und ähnliche. Einzelfragen, die außerhalb dieses mutilateralen Rahmens lagen, wurden jeweils von Fall zu Fall oder auf Grund bisher geübter Praxis entschieden. Die zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, als deren besonderer Beweis die von dominikanischer Seite verfügte Rückgabe des deutschen Vorkriegsvermögens gewertet werden muß, haben dabei die Erzielung beiderseits befriedigender Lösungen erheblich erleichtert. Im Zusammenhang mit Besprechungen, die im Jahre 1955 zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Dominikanischen Regierung über eine Verstärkung des Warenaustausches geführt wurden, wurde auch die Frage des Abschlusses eines umfassenden Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages erörtert. Es bestand Übereinstimmung dahingehend, daß ein solcher Vertrag wünschenswert sei und daß hierüber so bald als möglich Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Nach Erstellung eines deutschen Vertragsentwurfes begannen diese Verhandlungen Ende November 1956 in Bonn und dauerten — mit Unterbrechungen — bis Dezember 1957.

Der vorliegende deutsch-dominikanische Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 23. Dezember 1957, der zunächst eine Gültigkeit von fünf Jahren haben wird, soll die Niederlassung sowie die berufliche und sonstige Betätigung der Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates mit dem Ziel größtmöglicher Freizügigkeit gewährleisten, den rechtlichen Schutz der Person und des Eigentums sicherstellen und dem beiderseitigen Handel eine dauerhafte Grundlage geben. Der Vertrag beruht auf den Grundsätzen der gegenseitig gewährten Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, wobei jedoch in bezug auf eine Reihe von Gegenständen Vorbehalte zugunsten der innerstaatlichen Gesetzgebung gemacht werden mußten. Diese Vorbehalte erklären sich aus der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur beider Länder und namentlich aus der Tatsache, daß die Dominikanische Republik auf den Schutz einzelner Wirtschaftszweige noch nicht verzichten zu können glaubt. Dies mindert jedoch nicht die politische und die grundsätzliche wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages, der als Beispiel dafür gelten kann, daß allgemeine Handels- und Schiffahrtsverträge auch mit Staaten anderer Wirtschaftsstruktur von Nutzen sein können, wenn sie den beiderseitigen Staatsangehörigen und Gesellschaften im Vergleich zum bisherigen Status eine stärkere Rechtsbasis und sicherere Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Der deutsch-dominikanische Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag ist nach dem deutsch-amerikanischen Vertrag vom 29. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 487) und dem deutsch-italienischen Vertrag vom 21. November 1957 der dritte Vertrag dieser Art, den die Bundesrepublik abgeschlossen hat.

II. Besondere Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrages

Das Vertragswerk besteht, soweit es im Sinne des Artikels 59 Abs. 2 GG zustimmungsbedürftig ist, aus dem eigentlichen Vertrag mit 25 Artikeln, einem Protokoll und einem die Sachleistungspflicht und die Enteignung betreffenden Notenwechsel, die beide Bestandteil des Vertrages sind. Bei Abschluß des Vertrages werden ferner die üblichen, nicht zustimmungsbedürftigen Noten über die Einbeziehung des Landes Berlin und über das Verhältnis dieses Vertrages zum Saarvertrag unterzeichnet.

Die Artikel 1 bis 14 des Vertrages enthalten eine grundsätzliche Regelung der Rechte der natürlichen Personen und Gesellschaften auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates. Es sind dies namentlich Bestimmungen über Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Ausweisung, über den Schutz der Person und des Eigentums, die Wehrpflicht, den Zutritt zu den Gerichten, die Ausübung selbständiger und unselbständiger Tätigkeit sowie über die Besteuerung. Artikel 15 und 16 beziehen sich auf den Zahlungs- und Warenverkehr, die Artikel 17 bis 19 auf Schiffahrtsangelegenheiten. Die Artikel 20 bis 25 enthalten allgemeine und Schlußvorschriften.

Zu Artikel 1

Artikel 1 gibt die Zielsetzung des Vertrages wieder. Danach soll natürlichen und juristischen Personen, ihrem Vermögen und ihren sonstigen Belangen gerechte und billige Behandlung gewährt werden. Ferner wird vereinbart, daß zwischen den Gebieten der beiden Vertragsstaaten im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages Freiheit des Handels und der Schiffahrt besteht.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel behandelt Einreise, Aufenthalt, Niederlassung, Ausreise und Ausweisung, wobei unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften jedes Vertragsstaates eine möglichst wohlwollende Handhabung zugesichert wird. Im Falle einer Ausweisung ist die Verständigung des nächsten konsularischen Vertreters sichergestellt, der mit dem Auszuweisenden Verbindung halten kann.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel gewährleistet den beiderseitigen Staatsangehörigen Gewissensfreiheit sowie Freiheit der Religionsausübung und der Betätigung auf kul-

turellem und sozialem Gebiet, wobei jedoch ein Recht zu politischer Betätigung nicht zugestanden wird. Ferner wird zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen die Entwicklung wechselseitiger Informationsmöglichkeiten vorgesehen. Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz der guten Sitten und der Volksgesundheit bleiben vorbehalten.

Zu Artikel 4

Gemäß Artikel 4 genießen die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Sicherheit für ihre Person nach den Grundsätzen der Inländerbehandlung, der Meistbegünstigung und des Völkerrechts. Im Falle der Festnahme eines Staatsangehörigen eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates ist der nächste konsularische Vertreter seines Landes zu benachrichtigen; für den Rechtsschutz des Festgenommenen gelten näher vereinbarte Garantien.

Zu Artikel 5

Artikel 5 stellt die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates vom Militärdienst frei. Für Sach- und Dienstleistungen und allgemeine militärische Lasten wird Meistbegünstigung vereinbart.

Zu Artikel 6

Gemäß Artikel 6 genießt das Eigentum der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Sicherheit. Besondere Vorschriften gelten für Eingriffe in Grundstücke. Unbillige und diskriminierende Maßnahmen sind untersagt. Enteignungen sind nur aus gerechtfertigten Gründen des öffentlichen Wohles oder des sozialen Interesses und nur gegen gerechte Entschädigung zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Gerichtsverfahren nachgeprüft werden können.

Zu Artikel 7

In Artikel 7 wird den Staatsangehörigen und Gesellschaften beider Vertragsstaaten freier Zugang zu den Gerichten und Amtsstellen auf der Grundlage der Inländerbehandlung zugesichert. Darin ist jedoch gemäß Protokollziffer 3 die Bewilligung des Armenrechts und die Befreiung vom Erfordernis der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten nicht eingeschlossen. Die beiderseitigen Staatsangehörigen sind berechtigt, im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie dessen Staatsangehörige bei Schiedsverfahren in Handelssachen schiedsrichterliche Aufgaben zu übernehmen.

Zu Artikel 8

Nach Artikel 8 können Staatsangehörige beider Vertragsstaaten im Gebiet des anderen Vertragsstaates grundsätzlich jede selbständige und — vorbehaltlich der Bestimmungen der Protokollziffer (4) (a) — jede unselbständige Tätigkeit aufnehmen und ausüben, entsprechend auch Gesellschaften. Sie dürfen Gesellschaften errichten, sich an ihrer Errichtung beteiligen und Beteiligungen erwerben. Ausnahmen gelten für das Gebiet der öffentlichen Versorgung und des öffentlichen Verkehrs, der Luft- und Seetransporte, der Nutzung von Land, der Ausbeutung von Natur- und Bodenschätzen, für den Gewerbebetrieb im Umherziehen und die Tätigkeit im öffentlichen Dienst sowie für eine Reihe von Tätigkeiten, deren Ausübung Ausländern nicht oder nur beschränkt zugänglich ist; letztere Tätigkeiten sind in Protokollziffer 4 Buchst. b) im einzelnen aufgeführt. Soweit die vorstehenden Ausnahmen nicht Platz greifen, ist Meistbegünstigung vereinbart.

Zu Artikel 9

Artikel 9 regelt die Behandlung der Handelsreisenden.

Zu Artikel 10

Artikel 10 bestimmt, daß die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates die Dienste von Arbeitnehmern und selbständig Tätigen wie Inländer in Anspruch nehmen dürfen. Sie dürfen für innerbetriebliche Untersuchungen in Unternehmen, die ihnen ganz oder zu einem wesentlichen Teil gehören, eigene Sachverständige und Fachleute beschäftigen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung in bezug auf den Abschluß von Rechtsgeschäften aller Art und sichert ihnen das Recht, bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art innezuhaben, zu erwerben und darüber zu verfügen.

Zu Artikel 12

Artikel 12 verpflichtet die Vertragsstaaten, die Waren des anderen Vertragsstaates gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen. Hinsichtlich des Erwerbs und der Aufrechterhaltung von Patenten und von Rechten an Warenzeichen und Handelsnamen sowie hinsichtlich des sonstigen gewerblichen Eigentums ist Inländerbehandlung vereinbart.

Zu Artikel 13

In Artikel 13 kommen beide Vertragsstaaten überein, in Fragen der Anwendung und des Austausches wissenschaftlicher und technischer Erfahrungen zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit soll sich auf Grund noch abzuschließender besonderer Vereinbarungen auch auf die wissenschaftliche und praktische Ausbildung von Angehörigen beider Staaten sowie auf die Vermittlung von Sachverständigen und Lehrpersonen erstrecken.

Zu Artikel 14

In Artikel 14 verpflichten sich die Vertragsstaaten, den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates in bezug auf Steuern, Gebühren und Abgaben aller Art Meistbegünstigung zu gewähren.

Zu Artikel 15

Gemäß Artikel 15 regelt sich der Zahlungsverkehr zwischen beiden Vertragsstaaten nach den Rechten und Pflichten, die sich aus dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds ergeben. Kapitalübertragungen und Überweisung von Kapitalerträgnissen dürfen nicht unnötig erschwert werden. Für die Übertragung der Erträgnisse aus investiertem Kapital und für die Rückübertragung des investierten Kapitals sollen den beiderseitigen Staatsangehörigen angemessene Möglichkeiten gewährt werden. Das gleiche gilt für die Entschädigung im Fall einer Enteignung. Nach Protokollziffer 7 ist jeder Vertragsstaat jedoch berechtigt, die Kapitaleinfuhr von einer Genehmigung abhängig zu machen.

Zu Artikel 16

Gemäß Artikel 16 richtet sich der Warenverkehr nach den Rechten und Pflichten, die sich für beide Vertragsstaaten aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ergeben. Für den Fall, daß das GATT ebenso wie das in Artikel 15 erwähnte Abkommen über den Internationalen Währungsfonds zwischen den Vertragsstaaten nicht mehr angewendet wird, verpflichten sich diese in Protokollziffer 8 zu einer Konsultation.

Zu Artikel 17 bis 19

Artikel 17 behandelt die Nationalität der Schiffe und regelt die gegenseitige Anerkennung der Schiffsmeßbriefe.

In Artikel 18 gewährt jeder Vertragsstaat den Schiffen des anderen Vertragsstaates das Recht, die für die ausländische Schiffahrt geöffneten Häfen anzulaufen. Dort genießen diese Schiffe hinsichtlich der Abgaben, Zölle, Dienste und Erleichterungen Meistbegünstigung, die aber nach Protokollziffer 10 keinem der Vertragsstaaten weitergehende Vorteile gewährt als diejenigen, die er selbst dem anderen Vertragsstaat einräumt (sogenannte reziproke Meistbegünstigung).

Artikel 19 behandelt den Schutz und Beistand bei Strandung und Schiffbruch im Gebiet des anderen Vertragsstaates.

Zu Artikel 20

Absatz 1 zählt die Gebiete auf, auf denen die Vertragsstaaten berechtigt sind, auch entgegen den allgemeinen Bestimmungen des Vertrages näher spezifizierte Maßnahmen zu ergreifen und aufrechtzuerhalten, so insbesondere zum Schutz seiner eigenen wesentlichen Sicherheitsinteressen, zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des internationalen Friedens, zum Schutz seiner historischen und Kunstschätze, zur Verhinderung der Einfuhr gesundheitsschädigender Waren, zur Unterbringung irreführender oder unlauterer Praktiken u. ä.

Absatz 2 nimmt von der im Vertrag vereinbarten Verpflichtung zur Meistbegünstigung eine Reihe von Vergünstigungen aus, wie z. B. solche, die sich aus Doppelbesteuerungsabkommen, aus Verträgen über die Errichtung von Zollunionen und Freihandelszonen, aus Abkommen zur Erleichterung des Grenzverkehrs, aus den Verträgen über die Beendigung des Besatzungsregimes u. ä. ergeben.

Absatz 3 legt ferner fest, daß die Bestimmungen dieses Vertrages keine Handlung ausschließen, die das GATT vorschreibt oder zuläßt, und daß insoweit die Bestimmungen über die Meistbegünstigung keine Anwendung finden.

Zu Artikel 21

Artikel 21 enthält Definitionen folgender im Vertrag wiederkehrender Begriffe: „Gleiche Behandlung wie die der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften", „Meistbegünstigung" und „Gesellschaften". Er regelt ferner das Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit von Staatsangehörigen eines der beiden Vertragsstaaten.

Zu Artikel 22

Artikel 22 legt fest, auf welche geographischen Gebiete sich der Vertrag erstreckt.

Zu Artikel 23

Gemäß Artikel 23 sind die Vertragsstaaten verpflichtet, etwaige Vorstellungen hinsichtlich der Anwendung des Vertrages wohlwollend in Betracht zu ziehen. Die Vertragsstaaten setzen einen Gemischten Ausschuß ein, der auf Antrag eines Vertragsstaates zusammentritt und die Aufgabe hat, die Lösung von Schwierigkeiten, die im Wege diplomatischer Verhandlungen nicht beseitigt werden können, zu erleichtern.

Zu Artikel 24

Artikel 24 berechtigt jeden Vertragsstaat im Falle von Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, die weder durch diplomatische Verhandlungen noch durch den Gemischten Ausschuß beigelegt werden können, ein von den Vertragsstaaten zu bildendes Schiedsgericht oder — falls dieses nicht fristgerecht gebildet wird oder entscheidet — den Internationalen Gerichtshof anzurufen.

Zu Artikel 25

Artikel 25 regelt Dauer und Beendigung des Vertrages. Der Vertrag tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt zunächst für fünf Jahre. Er kann nach Ablauf dieser Zeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr gekündigt werden.

Zum Protokoll

Das Protokoll ist Bestandteil des Vertrages. Es enthält in 12 Ziffern Erläuterungen und bindende Auslegungen. Soweit erforderlich, ist bei der Begründung zu den einzelnen Artikeln des Vertrages bereits auf die einschlägigen Protokollziffern Bezug genommen.

Zum Notenwechsel

Der Notenwechsel, der gleichfalls Bestandteil des Vertrages ist, enthält ergänzende Bestimmungen zu dem Artikel 5 Abs. 2 und Artikel 6 Abs. 4. Er besagt,

a) daß Schiffe und Flugzeuge unter der Flagge eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates weder auf Grund einer Sachleistungspflicht in Anspruch genommen noch enteignet werden dürfen,

b) daß bei der Überführung eines Privatunternehmens in öffentliches Eigentum, seiner Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnlichen Eingriffen der öffentlichen Hand die Vorschriften über die Sachleistungspflicht und über die Enteignung Anwendung finden.

Der dem Vertrag nachfolgende Notenwechsel über Berlin wird mit dem Gesetzentwurf vorgelegt. Der Notenwechsel über das Saarland ist beigefügt.

III. Begründung des Zustimmungsgesetzes

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, weil er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht (Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG).

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Einführung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland im Saarland kann nur nach Maßgabe der Vorschriften des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Bundesgesetzbl. II S. 1587) erfolgen. Der Vertrag, der Bestimmungen über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über Steuern und Zölle enthält, schließt insoweit eine Einführung dieses Gesetzes im Saarland bis zum Ablauf der Übergangszeit aus (Artikel 3, 12 und 13 des Saarvertrages). Das Gesetz enthält deshalb die entsprechende Saar-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 GG.

Auch der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach den Bestimmungen seines Artikels 25 für die Bundesrepublik völkerrechtlich in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.